



WISSING: Abbau kalte Progression - scheinheilig, scheinheiliger, Steinbrück

WISSING: Abbau kalte Progression - scheinheilig, scheinheiliger, Steinbrück
Zu der Ankündigung des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück, im Falle eines Wahlsieges die kalte Progression abbauen zu wollen, erklärt der stellvertretende Vorsitzende und finanzpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Volker WISSING: Die christlich-liberale Koalition hat in dieser Legislaturperiode nicht nur den Abbau der kalten Progression gefordert, sondern auch einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht. SPD und Grüne haben die Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verhindert. Wie ungerechtfertigt und destruktiv das Verhalten von SPD und Grünen war, zeigt, dass der SPD-Kanzlerkandidat nun den Abbau der kalten Progression auf die eigene politische Agenda setzt. Steinbrück liefert damit den besten Beweis für den Zynismus der Sozialdemokraten gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Ohne den rot-grünen Widerstand wären diese nämlich schon längst entlastet worden und würde nicht länger unter den Folgen automatischer Steuererhöhungen durch die kalte Progression leiden. Peer Steinbrück kündigt die Lösung eines Problems an, welches ohne den Widerstand der SPD schon längst gelöst wäre. Die Ankündigung des SPD-Kanzlerkandidaten zeigt, wie richtig die FDP-Bundestagsfraktion mit ihrer Forderung nach dem Abbau der kalten Progression lag. Der Abbau der kalten Progression ist ein Beitrag für mehr soziale Gerechtigkeit, das hat die SPD nun erkannt. Umso schwerer wiegt es, dass SPD und Grüne dies verhindert haben.
FDP im Deutschen Bundestag
Platz der Republik
11011 Berlin
Deutschland
Telefon: 030-227-52378
Telefax: 030-227-56143
Mail: pressestelle@fdp-bundestag.de
URL: <http://www.fdp-fraktion.de/>

Pressekontakt

FDP-Bundestagsfraktion

11011 Berlin

fdp-fraktion.de/
pressestelle@fdp-bundestag.de

Firmenkontakt

FDP-Bundestagsfraktion

11011 Berlin

fdp-fraktion.de/
pressestelle@fdp-bundestag.de

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.